

5. November 2003
Der Standard

Gusenbauer: Regierung gescheitert „Versäumnisse“ und „fehlgewählte Strategie“ - Schüssel sieht Einigkeit gegen „faulen Kompromiss“

Innsbruck/Wien - Heftige Kritik hagelt es nach dem Transitgipfel seitens des SP-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer. Die Bundesregierung handle seiner Ansicht nach bei dem Thema „halbherzig“, meinte er am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Innsbruck. Sie sei auf Grund „eigener Versäumnisse“ und „fehlgewählter Strategie“ in der Frage gescheitert.

Vier Verkehrsminister

In den vergangenen drei Jahren seien insgesamt vier Verkehrsminister mit dem Transit befasst gewesen, sprach Gusenbauer von einem „Fehler“. „In Brüssel kennen sich die Leute besser mit den Problemen aus als die Minister“. Man könne die Frage entweder „halbherzig“ angehen, wie es die Bundesregierung mache, oder sich „grundsätzlich“ damit befassen, sagte der SP-Chef. Ein Wegfallen des Transitvertrages würde angesichts hoher Lkw-Mauten in der Schweiz eine „großplakatierte Einladung“ an die Frächter bedeuten, durch Österreich durchzufahren. Gusenbauer verlangte daher ähnliche Mauthöhen wie in der Schweiz.

Der Lkw-Verkehr dürfe nicht öffentlich gefördert werden, vielmehr gehe es darum, entsprechende Preise für die Straßenbenutzung durch Lkw zu finden, erklärte der SP-Vorsitzende. Eine Querfinanzierung durch den Pkw-Verkehr lehnte er ab. Für „völlig falsch“ hielt Gusenbauer ein Veto gegen die EU-Erweiterung. Dadurch würde sich die Anzahl der Lkw nicht verringern, hielt er fest. Außerdem beziehe sich das Problem auf die derzeitigen 14 anderen Mitgliedstaaten und nicht die zehn künftigen. Ein Veto bezeichnete der SP-Chef als „pubertäre Forderung“, die die Falschen treffe. Als einzige Möglichkeit nannte er das Setzen von Maßnahmen, die den Lkw-Verkehr begrenzen. „Diese Zielsetzung wird der Regierung nicht erspart bleiben, weil wir sonst in der Transitlewne untergehen“, sagte Gusenbauer.

Schüssel: Einigkeit gegen „faulen Kompromiss“

Bundeskanzler Schüssel ist hingegen der Ansicht, die Transit-Spitzengespräche hätten eine einheitliche innerösterreichische Linie erkennen lassen - dass nämlich Österreich einen „faulen Kompromiss“ in der Transitfrage ablehne. Dies erklärte er am Donnerstag im Bundesrat. Österreich wolle „alles versuchen um noch auf der Basis von Kopenhagen eine Lösung zustande zu bringen“. In Sachen „innerstaatliche Maßnahmen“ kündigte Schüssel an, dass ein Entwurf zum Aufbau eines Lkw-Kontrollsystems schon nächste Woche zusammen mit dem Wachstumspaket vorgelegt werden könnte.

Mit den Beschlüssen von Kopenhagen ist der Stand der Verhandlungen Ende 2002/Frühjahr 2003 gemeint, nach dem lediglich die modernsten Euro-4-Lkw von der Ökopunktepflcht hätten befreit werden sollen. Der Kompromissvorschlag im Rat wurde in der Folge angenommen, allerdings gegen die Stimmen von Österreich, Italiens, Belgiens und der Niederlande. Das Europäische Parlament lehnte wenig später dagegen eine Verlängerung des Transitvertrags ab.

„Enttäuscht“

„Enttäuscht“ zeigte sich Schüssel im Bundesrat vom EU-Parlament, das die bis dahin aufgebauten Verhandlungen zum Einsturz gebracht habe und eine völlig andere Haltung als

Kommission und Rat eingenommen habe. „Ich hätte angenommen, dass direkte Volksvertreter näher an den Sorgen der Bürger sind, wenn es um Lebensfragen geht.“

Die Transitproblematik sei ein „nationales Thema für ganz Österreich“, sagte Schüssel. Die Abgeordneten aller Parteien sollten zuständigen Infrastrukturminister Hubert Gorbach (F) unterstützen „und keine Scheinlösungen akzeptieren, die nur sündteure LKW-Zählsysteme sind“. Österreich habe sich vorgenommen, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und auch anzuwenden, verwies Schüssel auf die Möglichkeit von Klagen. (APA)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=1473889>